



HESSISCHER LANDTAG

07. 11. 2012

Dem
Haushaltungsausschuss
überwiesen

Dringlicher Berichtsantrag der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion

betreffend Bußgeldzahlungen von Schweizer Banken an das Land Nordrhein-Westfalen

Nach Presseberichten hat das hessische Finanzministerium in einem umfangreichen Schriftwechsel versucht, Anteile aus Bußgeldzahlungen zu erhalten, die vom Land Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit Beihilfeleistungen zur Steuerhinterziehung von Schweizer Banken vereinnahmt wurden.

Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltungsausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Stehen durch die Finanzbehörden vereinnahmte Bußgelder dem jeweiligen Bundesland zu oder sind sie im Rahmen der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern in die Finanzmasse einzubeziehen?
Wenn ja, wie ist der Verteilungsschlüssel?
2. Aus welchem Grund wurden die Bußgelder in der o.g. Steuerhinterziehungssache vom Land Nordrhein-Westfalen vereinnahmt?
3. Wie hoch sind diese Bußgelder nach den Erkenntnissen des Finanzministeriums und auf welche Vorgänge beziehen sie sich?
4. Auf welche Anteile der Bußgelder erhebt Hessen Anspruch und auf welche Rechtsgrundlage wird dieser Anspruch gestützt?
5. Aus welchem Grund hält die Landesregierung den Ankauf von Steuerdaten-CDs nicht für zulässig und seit wann vertritt die Landesregierung diese Rechtsauffassung?
6. Wie vereinbart es sich nach Auffassung der Landesregierung mit den Grundsätzen der Steuergerechtigkeit, wenn nach Unterzeichnung des Steuerabkommens mit der Schweiz Steuerhinterzieher auch weiterhin anonym bleiben können?
7. Sieht die Landesregierung Möglichkeiten, die Anonymität von Steuersträfern, die sich entschlossen haben, ihre Geldanlagen auf Schweizer Banken vorzunehmen, aufzudecken?
Wenn ja, welche sind das?
8. In welcher Weise wird sich die Landesregierung an der Umsetzung dieser Möglichkeiten beteiligen?
9. Nach der Pressemitteilung des Finanzministeriums vom 15.08.2012 betrug die Anzahl der Selbstanzeigen im ersten Halbjahr 2012 122 Fälle. Wie hat sich die Anzahl der Selbstanzeigen seitdem im Juli, August und September 2012 entwickelt und welche Mehrsteuern ergeben sich daraus?

Wiesbaden, 7. November 2012

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Mathias Wagner (Taunus)

Sigrid Erfurth